



In Europa sollten jetzt die Alarmglocken schrillen

Von Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker | 27.10.2020

Lohnabschlüsse für den öffentlichen Dienst haben Signalcharakter. Nicht nur für die private Wirtschaft in Deutschland, sondern für ganz Europa. Der jüngste Abschluss verfestigt Deflation und Nullzinsen auf dem gesamten Kontinent für die nächsten Jahre.

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di ist mit einer Forderung von 4,8 Prozent Lohnerhöhung für zwölf Monate in die Verhandlungen mit den Arbeitgebern von Bund und Kommunen gegangen und hat zur Untermauerung dieser Forderung Warnstreiks organisiert. Herausgekommen ist jetzt ein Abschluss mit einer Laufzeit von 28 Monaten (September 2020 bis Dezember 2022), der Tarifierhöhungen von 1,4 Prozent ab April 2021 und nochmals 1,8 Prozent ab April 2022 vorsieht.

Zusätzlich gibt es Zuschläge und Einmalzahlungen, die so gestaffelt sind, dass die unteren Lohngruppen stärker profitieren, die Lohnstruktur also etwas flacher wird. Besonders bei der Entlohnung des Pflegepersonals konnten Verbesserungen erreicht werden. Sie bedeuten nicht nur ein kleines Stück Anerkennung für die Leistungen dieser Berufsgruppe in der Corona-Pandemie, sondern markieren endlich auch einen Einstieg in die Steigerung der Attraktivität dieses Berufsfelds, auf dem seit Langem ein großer Mangel an Arbeitskräften herrscht. Gut so.

Dennoch ist das Gesamtergebnis, das ver.di erzielt hat, vollkommen unzureichend. Seine Darstellung in der [Pressemitteilung der Gewerkschaft](#) grenzt an Augenwischerei. Dort heißt es:

"... die Einkommen [steigen] tabellenwirksam um 4,5 Prozent in der niedrigsten Entgeltgruppe und -stufe und noch um 3,2 Prozent in der höchsten Eingruppierung. In der Pflege beträgt die Steigerung 8,7 Prozent und in der Spitze für Intensivkräfte rund zehn Prozent. Alle Beschäftigten erhalten zusätzlich noch in diesem Jahr eine Corona-Prämie, für die unteren Entgeltgruppen (1-8) 600 Euro, die mittleren (9-12) 400 Euro, die oberen Lohngruppen (13-15) 300 Euro, für Auszubildende 225 Euro (Bund 200 Euro)."

Am Ende des Absatzes steht lapidar: "*Die Tarifvereinbarung läuft bis zum 31. Dezember 2022.*" Ver.di traut sich offenbar nicht, den eigenen Mitgliedern mitzuteilen, was die genannten Lohnerhöhungen auf Jahresbasis bedeuten. Rechnet man die Zuwachsraten des Tarifabschlusses unter Berücksichtigung der sieben Leermonate bis April 2021 in einem vereinfachten Beispiel (Monatsbruttogehalt von 3000€ im September 2020) durch, kommt man auf eine Entgelterhöhung von im Durchschnitt jährlich unter 1,5 Prozent für die Jahre 2021 und 2022.

Zugegebenermaßen sind in dieser Rechnung die angesprochenen Extras nicht berücksichtigt. Aber selbst in den von Ver.di am Ende der besagten Pressemitteilung beschriebenen zwei Beispielen (Pflegefachkraft im Krankenhaus [Entgeltgruppe 7/Stufe 6] und Beschäftigter der Müllabfuhr [Entgeltgruppe 3/Stufe 6]), die einen jeweils günstigen Fall aus dem Pflegebereich bzw. aus den unteren Lohngruppen herausgreifen, wird die klare Rechnung, was das auf's Jahr bezogen heißt, vermieden. Es wird lediglich

erklärt, künftig werde im ersten Fall "nach allen Anhebungen bis zu 300 Euro mehr" bzw. im zweiten "am Ende 101,71 Euro mehr" verdient. Das sind im Schnitt pro Jahr bestenfalls 4,1 Prozent (Pflegekraft) bzw. knapp 1,8 Prozent (Müllabfuhr) mehr – wie gesagt "nach allen Anhebungen" und "am Ende", sprich: im jeweils günstigsten Fall.

Für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die ihre Arbeit an Flughäfen leisten, einigte man sich auf eine absolute Nullrunde (explizit wegen der besonders schlechten wirtschaftlichen Situation der Flughäfen). Und auch die Sparkassenbeschäftigten, die dem öffentlichen Dienst angehören, bekommen eine etwas geringere Erhöhung als die normalen Angestellten des öffentlichen Dienstes.

Nun gehört es zum Ritual jeden Tarifabschlusses, dass die Darstellung der Verhandlungsergebnisse unterschiedlich ausfällt, je nachdem ob man sich die Verlautbarungen von Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerseite ansieht. Beide Seiten versuchen jeweils das herauszustreichen, was sie als errungene Pluspunkte innerhalb des Kompromisses ansehen. Aber was sich ver.di hier gegenüber den eigenen Mitgliedern und der Öffentlichkeit an Darstellung erlaubt, ist problematisch. Auf diese Weise hat sich die Gewerkschaft nämlich für absehbare Zeit selbst die Hände gebunden, korrigierend in das Mahlwerk einzugreifen, das sie nun mit in Gang gesetzt hat und für das sie mit verantwortlich zeichnet, eben weil sie es nicht gewagt hat, vor diesem Mahlwerk in den Verhandlungen aktiv und öffentlichkeitswirksam zu warnen und es wenigstens im Nachhinein eindeutig zu kommentieren.

Man hätte schreiben können, dass man sich angesichts des öffentlichen Unmuts über die Warnstreiks und wegen des Vorwurfs, die Leute mit den "sicheren" Stellen bedienten sich nun auch noch beim Staat, d.h. bei den Steuerzahlern, gezwungen gesehen habe, zügig einen Tarifabschluss zu erreichen. Man sehe aber völlig klar, welche schmerzhaften Folgen dieser viel zu geringe Abschluss für die Gesamtwirtschaft in Deutschland und darüber hinaus für Europa entwickeln werde, und man lehne die Verantwortung für die Folgen ab und weise sie stattdessen der Arbeitgeberseite zu. Aber nichts dergleichen. "Das ist unter den derzeitigen Bedingungen ein respektabler Abschluss", lobt sich stattdessen der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke selbst.

Das falsche Signal

Dabei hatte Frank Werneke noch am 12. Oktober in einem [Interview mit der WELT](#) den wesentlichen Punkt, um den sich die gesamten Lohnverhandlungen zentral hätten drehen müssen, ganz nebenbei erwähnt:

"Und Lohnsteigerungen tragen natürlich zu einer weiteren Erholung und Stabilisierung der Konjunktur bei."

Aber ob er die Schlagkraft dieses Satzes überhaupt übersehen hat, muss bezweifelt werden, weil er im gleichen Interview die Lohnforderung damit rechtfertigt, ver.di

"[nehme] eine gute wirtschaftliche Erholung wahr" und wir hätten "[i]m Moment ... eine stabile wirtschaftliche Aufwärtsbewegung".

Wer eine gute konjunkturelle Entwicklung zur Ausgangsbasis seiner Lohnforderungen macht, redet einer prozyklischen Lohnpolitik das Wort. Der kann logischerweise nicht gleichzeitig eine antizyklische Lohnpolitik als Stabilisator für die Gesamtwirtschaft einfordern. Das genau wäre aber nötig gewesen – und zwar zugunsten aller übrigen Wirtschaftszweige, wie Heiner Flassbeck bereits [Ende September beschrieben](#) hat. Wer sich nicht traut, die miserable Kassenlage der Kommunen offen anzusprechen und den Bund eindeutig aufzufordern, den Kommunen aus der kameralistischen Klemme zu helfen, um eine Lohndeflation zu verhindern, kann natürlich nichts aushandeln, was der gesamtwirtschaftlichen Verantwortung des öffentlichen Dienstes und seiner Gewerkschaft gerecht wird.

Ein Abschluss von unter zwei Prozent, also ein Abschluss unterhalb des europäischen Inflationsziels, ist gerade zu dieser Zeit, in der die Konjunktur Corona-bedingt auf des Messers Schneide steht, das falsche Signal. Er zeigt, wie groß die institutionellen Verzerrungen sind und wie sehr die geistigen Rahmenbedingungen auf die mikroökonomische, betriebswirtschaftliche, kameralistische und nationale Sicht beschränkt sind, unter denen die Lohnverhandlungen stattfinden.

Dass der deutsche Innenminister die Verhandlungen führt, ist schon seit Langem ein Fehler, weil er traditionell eine Hausvaterrolle übernimmt und an die

europäischen Auswirkungen der deutschen Vorgabe nicht einmal einen Gedanken verschwendet. Hätte der Finanzminister die Verhandlungen auf Arbeitgeberseite zu verantworten, könnten ihn wenigstens seine Kollegen von der Eurogruppe und der Europäischen Zentralbank hinterher fragen, ob und was er sich dabei gedacht hat.

Die Europäische Zentralbank kann dem von deutschen Tarifpartnern und parallel dazu in ganz Europa erzeugten deflationären Druck mit noch so negativen Zinsen und noch so viel Anleihekäufen nicht entgegenwirken. Diese Lohnentwicklung als „Marktergebnis“ achselzuckend hinzunehmen, wäre grundfalsch. Und deshalb müssen in Frankfurt bei der Zentralbank die Alarmglocken schrillen.

Wenn Gewerkschaftsführer glauben, eine schlechte wirtschaftliche Lage lasse sich mit Lohnzugeständnissen von ihrer Seite beheben oder auch nur mildern, ist der Weg in eine prozyklische Lohnpolitik und damit der Weg in dauernde Deflation bei hoher und steigender Unterbeschäftigung für ganz Europa vorgezeichnet. Denn die deutsche Wettbewerbsfähigkeit zwingt die anderen Euroländer, dem deutschen Kurs in der Lohnpolitik zu folgen, selbst wenn sie die negativen gesamtwirtschaftlichen Folgen erkennen und gern verhindern würden.

Wenn die deutschen Arbeitgeber nach all den Zugeständnissen, die von Arbeitnehmerseite schon gemacht wurden, in noch viel drängenderer Weise jetzt in anderen Branchen auf absoluten Lohnsenkungen bestehen, was wollen die Gewerkschaften dem noch entgegensetzen?

Stefan Wolf, der designierte Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, [fordert von den Arbeitnehmern ganz offen](#) Mehrarbeit von zwei bis vier Stunden wöchentlich ohne Lohnausgleich, was de facto eine Lohnsenkung bedeutet. Seine Begründung ist für die mikroökonomisch ausgerichteten Gewerkschafter nicht zu widerlegen. Man müsse nur in die Betriebe hineinhören, sagt er, dann stelle man fest, dass „viele Menschen zu Zugeständnissen bereit sind“.

Nur die Gesamtwirtschaft ist die Lösung

Genauso ist es. Stellt man den Arbeitnehmer vor die Wahl, Lohnzugeständnisse zu machen oder seinen Arbeitsplatz zu verlieren, wählt er zumeist die Lohnzugeständnisse. Ohne vollends unglauwürdig zu werden, müssen Gewerkschaftsfunktionäre dieses Denken unterstützen. Schließlich verteidigen sie schwache Abschlüsse damit, dass in Corona-Zeiten nicht mehr drin gewesen

sei oder dass die schlechte wirtschaftliche Lage der Flughäfen Lohnerhöhungen unmöglich mache. Verschlechtert sich die wirtschaftliche Lage weiter, ist es in diesem Denken nur konsequent, die Löhne zu senken, um den Arbeitgebern die scheinbar „objektiv notwendigen“ Zugeständnisse zu machen.

Wenn die Arbeitgeber argumentieren, Lohnerhöhungen seien in diesen Zeiten nicht realistisch (wie in obigem Artikel), müssen die Gewerkschaften die Arbeitgeber in der Öffentlichkeit zwingen zu sagen, woher bei Lohnsenkungen die Einkommen kommen sollen, die gerade die Arbeitgeber brauchen, um ihre Produkte abzusetzen. Dann müssen die Gewerkschaften allerdings auch über ihren eigenen Schatten springen und sagen, dass die Strategie, billiger als die Nachbarn in der EWU werden zu wollen, ja wohl nicht mehr wiederholt werden kann, weil schon der erste Versuch zu Beginn der 2000er Jahre ein eklatanter Fehler war. Dann müssen sich die Spitzen der deutschen Gewerkschaften allerdings auch von der SPD klar distanzieren, die mit allem, was sie hat, an dem Märchen festhält, dass die Lohndrückerei unter Schröder eine Erfolgsgeschichte war.

Nur eine gesamtwirtschaftliche Sichtweise, bei der von den Gewerkschaften in der Öffentlichkeit aktiv dafür geworben wird, die negativen Nachfrage- und Preiswirkungen mit ins Bild zu nehmen, die von geringen Lohnabschlüssen ausgehen, bietet die Chance, sich dem Arbeitgeberdenken und dem ökonomischen Mainstream entgegenzustellen und wirklich etwas für die eigenen Mitglieder *und alle anderen Erwerbspersonen* zu erreichen. Davon sind die derzeitigen Gewerkschaftsführer in Deutschland unendlich weit entfernt. Sie haben sich dem Mainstream ergeben und versuchen schon gar nicht mehr, für die Position der Vernunft einzutreten. Das gilt leider auch für die Mehrheit der deutschen Volkswirte.